

um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Gleiches Abstimmungsverhalten. Dem Punkt II.1 wurde nicht zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über Punkt II, die Punkte 2 bis 12. Wer diesen Punkten – außer Punkt 1 – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltungen; es gab mehr Ge-

genstimmen als Zustimmungen. Eine Gesamtabstimmung hat sich damit erledigt.

Die Behandlung der Großen Anfrage ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 10

Situation der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen

Drucksache 3/4411, Große Anfrage der Fraktion der SPD, und die Antwort der Staatsregierung

Als Einbringerin spricht zuerst die Fraktion der SPD. Es folgen CDU, PDS, CDU und die Staatsregierung. Das Wort hat Herr Abg. Nolle.

Nolle, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! „Die Unwissenheit ist eine Situation, die den Menschen ebenso hermetisch abschließt wie ein Gefängnis.“

(Lehmann, CDU: Sie kennen das!)

Mit diesen Worten, Herr Lehmann, von Simone de Beauvoir lässt sich die Antwort der Staatsregierung auf unsere Große Anfrage am besten zusammenfassen. Sie haben schon geahnt, was ich sagen wollte – sehr weise, Herr Lehmann.

Was Sie – bzw. Ihr Vorgänger, Herr Minister Gillo – uns dazu aufgeschrieben haben bzw. aufschreiben ließen, ist wohl nur mit der Arroganz der Macht zu erklären, von der Sie ja noch nicht so viel mitbekommen haben.

Da bekommen wir Zahlen zur Eigenkapitaldecke von 1998 oder eben gar keine Antwort – wie vor einigen Wochen zur Vermarktung sächsischer Produkte in den alten Ländern. „Wir haben keine Erkenntnisse“, war damals die Antwort. „Und wir möchten auch keine haben,“ – füge ich hinzu – „weil es uns nicht interessiert“, hätte man den Satz weiterführen können. Mit diesen Zahlen verhält es sich ähnlich wie mit den Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung: Ihre Zahlen sind zum größten Teil steinalt.

Herr Minister, ich hoffe, mit Ihnen ist mehr Ernsthaftigkeit und weniger Schommer-Show ins Wirtschaftsministerium eingezogen und Sie erkennen rechtzeitig die schwarzen Fettnäpfchen, die für Sie im Ministerium schon überall aufgestellt worden sind – von der Partei, die Sie in dieses Amt hineingeholt hat.

Wirtschaftspolitik in Sachsen muss in erster Linie Mittelstandspolitik sein. 91 % der sächsischen Industriebetriebe haben weniger als 100 Beschäftigte. Nur 18 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben, die mehr als 100 Mitarbeiter haben. Die Vergleiche Sachsens mit anderen Bundesländern zeigen auch: So wie bisher können wir nicht weitermachen. Um es mit Wolfgang Thierse zu sagen: Vom Westen ist heute nicht mehr allzu viel zu lernen. Denn unsere Unternehmen haben besondere Probleme,

die mit den vorgestanzten Antworten aus dem Westen nicht immer bewältigt werden können.

Bisher hat uns die CDU in Sachsen alte Mittelstandshüte verkauft. Fragen Sie einmal die Mittelständler in Ihren eigenen Reihen – ich kenne Zeitungsmeldungen und Überschriften, die für sie erschreckend sind. Wir brauchen aber keine Ladenhüter, meine Damen und Herren von der CDU, sondern wir brauchen frische und kreative Modelle. Die CDU will und fordert von den Unternehmen Engagement. Ja, das ist richtig.

In den letzten Tagen konnten wir ein schönes Beispiel sehen, wie die CDU wirtschaftliches Engagement unterstützt. Da kauft ein Investor von der Stadt Penig 1997 eine Immobilie nebst Wegerecht zu seinen Stellplätzen. Die Kfz-Zufahrt wird irrtümlich mit 1,10 m Breite vom Landratsamt ins Baulastenheft eingetragen, der Investor tritt vom Kauf zurück, weil CDU-Bürgermeister und CDU-Landrat ihren Fehler nicht korrigieren möchten und die Dienst- und Fachaufsicht, Regierungspräsident (CDU) und Innenminister (CDU) sträflich untätig bleiben.

Die Sparkasse Mittweida, in der Bürgermeister und Landrat als Aufsichtsräte bzw. Vorstand sitzen, kündigt dem Investor in dem Streit alle Kredite. Dem folgen im Schneeballeffekt alle anderen Banken und der Investor geht daraufhin Pleite. Ihre „Truppe Infernale“ – vom Bürgermeister über den Landrat, Regierungspräsidenten und Innenminister nebst Staatssekretär Buttolo, alle vom gleichen CDU-Verein. Und der lässt aus Unfähigkeit und Bösartigkeit, einen kleinen Verwaltungsfehler zu korrigieren, einen angesehenen Investor über die Klinge springen.

Dieser Investor, meine Damen und Herren, heißt Heribert Kempen. Alle, bis hinauf zu Prof. Milbradt, wissen von diesem Vorkommnis und tun nichts.

(Dr. Jahr, CDU: Selbst Herr Nolle hat es gewusst!)

Über 170 Arbeitsplätze haben Sie auf dem Gewissen, meine Damen und Herren von der CDU, ein Schaden für den Freistaat von voraussichtlich 60 Millionen Euro. Und Sie lächeln dazu, Herr Lehmann. Das ist ein anschauliches Beispiel Ihrer „liebvollen Wirtschaftspolitik“ für den sächsischen Mittelstand und ein Beispiel dafür, was dabei herauskommt, wenn die Spezies eines Vereines

sich gegenseitig und untereinander beaufsichtigen, und zwar nach dem Motto: Eine Treuhand wäscht die andere.

Haben Sie noch irgendwelche Fragen dazu? Sie haben doch immer viele Fragen. Ich kann alle Fragen dazu beantworten.

(Zuruf des Abg. Lehmann, CDU)

Der industrielle Mittelstand hat in den vergangenen Jahren zwar kräftig investiert, die Kapitalausstattung der Unternehmen je Arbeitsplatz liegt allerdings erst bei 72 % im Vergleich zu westdeutschen Wettbewerbern.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Abgeordneter, gestatten Sie, dass Herr Dr. Jähnichen eine Zwischenfrage stellt?

Nolle, SPD: Ja, bitte.

Dr. Jähnichen, CDU: Herr Abgeordneter, aus Ihren Bemerkungen entnehme ich, dass Sie es für eine Katastrophe in Sachsen halten, dass die CDU so viele Mandate sowohl hier im Haus als auch bei den Bürgermeistern und Landräten hat. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Nolle, SPD: Ich weiß nicht, aus welcher Aussage Sie das abgeleitet haben. Können Sie mir das einmal erklären?

(Lehmann, CDU: So ist das Leben!)

Dr. Jähnichen, CDU: Sehr gern. Wenn Sie meinen, dort, wo CDU-Bürgermeister und -Landräte sind, gäbe es sofort eine Mafia oder kriminelle Strukturen, so wie Sie das hier zum Ausdruck gebracht haben, dann muss man Ihnen das ja unterstellen.

Nolle, SPD: Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass das ein anschauliches Beispiel dafür ist, wie Ihre liebevolle Wirtschaftspolitik für den sächsischen Mittelstand aussieht. Das ist ein Beispiel, was dabei herauskommt, habe ich gesagt, wenn die Spezies – nämlich Ihre Spezies – eines Vereins sich gegenseitig – untereinander und füreinander – beaufsichtigen, und zwar nach dem Motto: Eine Treuhand wäscht die andere. Das ist meine Antwort.

(Frau Petzold, CDU: Sie stellen Behauptungen auf, die Sie nicht beweisen können!)

– Die kann ich alle beweisen. Soll ich meine Aktentasche auskramen – oder was? Das ist doch lächerlich. Ihr eigener Parlamentarischer Geschäftsführer hat versucht Schaden abzuwenden und hat versucht Vergleichsgespräche zu führen. Die sind aber deswegen nicht zustande gekommen, weil Bürgermeister und Landrat gesagt haben: „Nein, das wollen wir nicht!“, weil die Staatsregierung kalte Füße bekommen hat. Deswegen lässt man einen Investor über die Klinge springen.

Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren. Das ist Ihre liebevolle Mittelstandspolitik!

(Lämmel, CDU: Haben Sie jetzt fertig?)

Ich wiederhole: Der industrielle Mittelstand, meine Damen und Herren, hat in den letzten Jahren zwar kräftig investiert, die Kapitalausstattung der Unternehmen je Arbeitsplatz liegt allerdings erst bei 72 % im Vergleich mit westdeutschen Wettbewerbern und die Produktivität und Kapitalausstattung liegen bei zirka 70 %.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat auf die Ursachen für die niedrigen Produktionswerte hingewiesen, meine Damen und Herren. Ostdeutsche Firmen müssen sich viel zu oft mit niedrigen Preisen zufrieden geben. Das bedeutet unter dem Strich mehr Arbeit und geringere Wertschöpfung. Wird für die gleiche Leistung weniger Geld verdient, fließen auch weniger Steuern und bei niedrigeren Löhnen weniger Sozialabgaben in die Kassen. Das ist genau das Problem.

Wir können uns doch nicht an steigenden Umsatzzahlen berauschen wollen, so schön diese Umsätze sind, wenn wir nicht gleichzeitig wissen, dass die Erträge bei steigenden Umsätzen entweder stagnieren oder sogar fallen können und tatsächlich auch fallen. Nur die Erträge sind es, die letztendlich Steuern in unsere Kassen spülen.

Die westdeutschen Unternehmen erwirtschafteten 1997 branchenübergreifend eine durchschnittliche Umsatzrendite von 3,1 %, die ostdeutschen Kleinbetriebe und Mittelständler nur durchschnittlich 0,7 %. Hier liegen auch die Gründe für den jährlichen Transferbedarf von West nach Ost in Höhe von 110 Milliarden Euro. 110 Milliarden Euro, das ist so viel, wie der gesamte Export der Bundesrepublik Deutschland nach Italien, Frankreich und England ausmacht!

Das ist kein Schlechtreden des Ostens, sondern das sind übrig gebliebene Defizite und Altlasten der kohlschen Strategie für den Aufbau Ost.

(Proteste bei der CDU)

Diese Transferleistungen werden erst dann sinken können, wenn unsere eigene Wirtschaftskraft steigt. 40 bis 50 % dessen, was wir hier verbrauchen und investieren, – meine gute Zwischenruferin dort –, werden nicht von uns erwirtschaftet, sondern über Transferleistungen aus dem Westen zu uns gebracht. Wir hängen am Tropf des Westens.

(Zuruf des Abg. Rohwer, CDU)

Aber dieser Transfer wird erst dann sinken können, wenn unsere eigene Wirtschaftskraft steigt. Dazu brauchen wir im Osten keine verlängerten Werkbänke, sondern wirklich eine eigene, selbsttragende wirtschaftliche Basis. Nur Waren und Dienstleistungen, die hier produziert werden, schaffen hier Arbeitsplätze. Zurzeit wird fast die Hälfte dessen, was wir konsumieren und investieren, nicht von uns selbst erwirtschaftet. Wir können aus eigener Kraft nicht leben. Wir hängen am Tropf des Westens.

Unsere Nachfrage hier schafft Arbeitsplätze im Westen. Es kommen nach Sachsen immer noch fünf Mal so viel Waren herein wie hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Gestern konnten wir bei den Wissenschaftlern des Ifo-Institutes lesen, dass beim verarbeitenden Gewerbe in Sachsen Stillstand eingetreten ist und Sachsen im Vergleich zu den anderen Ostländern

nun die rote Laterne trägt. Man kann auch sagen, es ist die schwarz-rote Laterne. „Verschnaufpause“ nennen das die Wirtschaftslyriker des Herrn Gillo.

So paradox es klingen mag, aber unsere Unternehmen sind zu klein, um wachsen zu können. Sie haben Schwierigkeiten auf den Märkten Fuß zu fassen. Unsere Unternehmer sind durch das Tagesgeschäft so belastet, dass sie Stabs- und Managementfunktionen vernachlässigen, ja sogar vernachlässigen müssen.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Nolle, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Nolle, SPD: Bitte, ja.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Kannegießer.

Kannegießer, CDU: Herr Nolle, Sie führten soeben aus, dass es unmöglich ist, wenn wir am Tropf des westdeutschen Steuerzahlers hängen. Bedeutet das, dass Sie sich gegen den Solidarpakt II aussprechen?

Nolle, SPD: Keineswegs! Dieser Solidarpakt II, lieber Kollege, ist eine hervorragende Leistung aller Beteiligten im Bundestag und aller Länder.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das ist eine hervorragende Leistung, für die wir dankbar sein müssen. Ich sage Ihnen aber schon heute: Dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Was wir eigentlich benötigen, ist wesentlich mehr. Wir werden darüber noch sprechen, wenn es so weit ist.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Nolle, SPD: Gern. Wenn Sie das alles bei der Redezeit nicht berücksichtigen, kann ich stundenlang antworten.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Nolle, ich habe Ihnen bestätigt, dass ich die Zeit gestoppt habe.

Nolle, SPD: Danke schön. – Wer hat denn noch eine Frage? – Bitte, Herr Kollege.

Dr. Jähnichen, CDU: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, dass das alles eine Folge der Regierungszeit Kohl ist. Können Sie mir sagen, was seit der Regierung von Bundeskanzler Schröder besser geworden ist, welche Leistungen da anders geworden sind?

(Frau Dr. Raatz, SPD: Alles ist besser geworden! –
Weitere Zurufe von der SPD: Alles! –
Gegenrufe von der CDU)

Nolle, SPD: Lieber Kollege, die Statistik über die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen Ost- und Westdeutschland, die genau dazu führen, dass wir ein Handelsbilanzdefizit von ungefähr 110 Milliarden Euro im Jahr haben, wurden 1996 unter Kohl eingestellt. Warum?

Weil man die elenden Zahlen nicht mehr sehen konnte. Schröder hat diesen Misthaufen von Ihnen geerbt. Das ist die Wahrheit!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –

Lehmann, CDU: Das ist keine Antwort auf die Frage! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir können ja eine Gitarre mitbringen und vielleicht dazu singen.

Die geringe Kapitaldecke und die fehlende Einbindung in Produktions- und Liefernetzwerke tut ihr Übriges. Dabei haben wir gute, leistungsfähige und innovative Unternehmen. Wir haben gute Produkte. Aber sie müssen auch in großer Zahl verkauft werden können.

Wenn dies aber so ist, müssen wir vor allem unsere kleinen Unternehmen stärken. Die Politik muss ihnen Korsettstangen einziehen oder ihnen dabei helfen, dass welche eingezogen werden. Aber was macht stattdessen diese Landesregierung? Zwischen 1991 und 2000 gingen rund 40 % der GA-Mittel an nur 282 Vorhaben. Das sind 1,9 % der Unternehmen, mit mehr als 249 Beschäftigten. 60 % der GA-Mittel gingen an 14 381 Vorhaben. Das sind 98,1 % der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Nun schauen wir einmal auf die Arbeitsplatzeffekte. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2000 konnten für 50 000 Euro GA-Fördermittel 5,59 Arbeitsplätze in Unternehmen mit weniger als 250 Arbeitsplätzen in Sachsen gesichert oder geschaffen werden. Bei den größeren Unternehmen waren dies nur 3,22 Arbeitsplätze. Das sind die Arbeitsplatzeffekte Ihrer liebevollen Mittelförderung.

Angesichts dessen ist es ein Hohn, von einem Hauptinstrumentarium für die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu sprechen, meine Damen und Herren. Der Clou an der Sache ist, dass Sachsen wegen der übermäßigen Förderung der Großen nur geringe Abrufquoten bei den GA-Mitteln hat. Warum? Ganz einfach, die EU-Kommission muss die Großvorhaben beihilferechtlich prüfen. Sie wissen genauso gut wie ich, Herr Lämmel, dass jede 30. Mark an Fördermitteln in Sachsen Siemens erhalten hat.

Herr Gillo, fördern Sie stärker die kleinen Unternehmen, dann haben Sie nicht ständig die EU-Prüfung am Hals und wir haben am Ende in Sachsen mehr Arbeitsplätze!

Meine Damen und Herren! Förderpolitik muss den Unternehmen dienen und nicht der Bürokratie, die die Mittel ausreicht. Seit mehr als sechs Monaten prüft zum Beispiel die Sächsische Aufbaubank, ob das Unternehmen Sachsen-Zweirad aus Neukirch den KMU-Status behalten darf oder nicht. Seit sechs Monaten prüfen die das! Wie kann es sein, dass man ein halbes Jahr für so etwas braucht?

Sie haben gesagt, dass Sie keinen Tag auf so etwas warten mussten. Das haben Sie uns gesagt. Herr Gillo, gehen Sie hin, unterschreiben Sie schnell. Helfen Sie den Leuten und sagen Sie all denen, die dafür sechs Monate brauchen, sie können nach Hause gehen, weil sie unfähig sind. Versteht die SAB die sächsische KMU-Definition nicht oder versteht die SAB das Unternehmen nicht, versteht es beides oder versteht es überhaupt nichts?

Aber es geht noch toller. Für die Firma Spekon aus der Lausitz wurden im letzten Jahr von heute auf morgen keine Fördermittel mehr gewährt, weil sie aus der KMU-Einstufung herausfiel, Herr Gillo, weil 1 000 Arbeitsplätze verbundener Unternehmen in der Türkei mitgezählt wurden. Dann erklären Sie mal den 130 Mitarbeitern in Seifhennersdorf, dass sie ein Großbetrieb sein sollen, Herr Gillo! Da können Sie etwas für den sächsischen Mittelstand tun. Machen Sie los!

Und weiter: Es kann doch wohl nicht sein, dass ein Minister Programme für seine persönlichen Lieblingsunternehmen schneidert. Anders kann ich es jedenfalls nicht interpretieren, wenn ein neues Programm für die Gewährung von GA-Mitteln als spezielle Lohnkostenzuschüsse mittels Flüsterpropaganda bekannt gemacht wurde, damit sich nur die persönlichen Spezies melden. Machen Sie die Förderpolitik transparent, Herr Lämmel! Wenn mir Unternehmer sagen: „Bei Landesprogrammen bewerbe ich mich nicht mehr, weil es mir zu kompliziert ist und weil ich nicht immer wieder den Kampf mit der Bürokratie verlieren will“, dann stimmt im Freistaat etwas nicht. Mit Flüsterpropaganda lassen sich Programme in Sachsen nicht veröffentlichen, jedenfalls nicht, wenn ich die Gleichbehandlung aller Investoren beabsichtige.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Juristen bei AMD verstehen diese Formulare vielleicht, Herr Gillo. Für den Maschinenbauer im Erzgebirge ist das zu aufwendig, unzumutbar und fast unmöglich.

Herr Minister, schaffen Sie doch endlich die überflüssigen Formulare ab! Sie sind doch so für Entbürokratisierung! Schaffen Sie einfach alle ab und machen Sie das persönlich! Dann werden Sie weiterkommen. Der sächsische Mittelstand würde sich darüber genauso freuen. Das sind die Leute, die immer von der Abschaffung der Bürokratie reden; das sind die Leute, die bei Ihnen sitzen, aber nur davon reden und nichts machen wollen. Der sächsische Mittelstand würde sich darüber genauso freuen wie darüber, dass künftig niemand mehr länger als einen Tag auf behördliche Genehmigungen warten muss, so wie Sie, Herr Gillo, es doch bei AMD in Dresden erfahren haben. Nehmen Sie dies zum Beispiel und machen Sie es genauso!

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Nolle, gestatten Sie Herrn Rohwer eine Zwischenfrage?

Nolle, SPD: Ja, gern.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Rohwer, bitte.

Rohwer, CDU: Herr Kollege Nolle, wir waren gestern zu Gast auf dem Parlamentarischen Abend der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer. Haben Sie, bevor Sie Ihren Redebeitrag geschrieben haben, auch einmal in das Schwarzbuch geschaut, das uns verteilt wurde?

Nolle, SPD: Ja, selbstverständlich.

Rohwer, CDU: Ich habe nicht den Eindruck.

Nolle, SPD: Das habe ich mit Begeisterung gelesen. Wollen wir darüber diskutieren?

Rohwer, CDU: Sehr gern.

Nolle, SPD: Wenn Sie Lust haben, dann treffen wir uns morgen oder am Sonnabend und diskutieren darüber. Das würde mir sehr viel Spaß machen. Recht schönen Dank für die Frage!

(Stempell, CDU: Aber Sie haben gestern bei der Veranstaltung nichts dazu gesagt! –
Götzel, CDU: Weil er es so gewissenhaft gelesen hat!)

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Lassen Sie bitte Herrn Nolle weitersprechen!

Nolle, SPD: Die Finanzierungsprobleme gehören zu den größten Sorgen unserer Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Privatbanken ziehen sich zunehmend aus dem Firmenkundengeschäft zurück, ob mit oder ohne Basel II. Diese Entwicklung muss kritisiert und zurückgedrängt werden. Wir müssen den Mittelständlern Alternativen aufzeigen. Meine Fraktion fordert hier ein stärkeres Engagement der Sparkassen und vor allem der Kreditinstitute des Freistaates. Dazu werde ich anlässlich der Einbringung des Entschließungsantrages nachher noch sprechen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)